

Rede von Stefan Knobloch (VVN-BdA) zum Gedenken an Otto Grüneberg, 2.2.2025

Wir haben uns heute hier an diesem Ort, wie jedes Jahr, zum Gedenken an Otto Grüneberg versammelt, welcher vor 94 Jahren auf feige Art von Angehörigen des berüchtigten Charlottenburger SA-Mordsturm 33 hier in unmittelbarer Nähe ermordet wurde.

Otto Grüneberg war nicht das erste Mordopfer des noch jungen Jahres 1931. Noch in der Silvesternacht zum 1. Januar wurden in der Hufelandstraße im Osten Berlins die Arbeiter Willi Schneider und Herbert Graf von der dortigen SA zusammengeschossen. Das ehemalige Mitglied der Bezirksversammlung Charlottenburg, Dr. Goebbels schrieb in sein Tagebuch: „Zwei Reichsbanner von Unseren erschossen. Das schafft Respekt“.

Wenige Tage später erlag der Charlottenburger Arbeiter Otto Schirmer seinen schweren Verletzungen, die er bei einem Zusammenstoß mit der SA erlitten hatte. Allein bei diesen vier Morden gab es über hundert Verletzte, darunter viele Schwerverletzte. Und dies war nur die Bilanz des faschistischen Mordterrors des ersten Monats des Jahres 1931 in Berlin.

Noch viele aufrechte Antifaschisten, anders Denkende oder Lebende, aber auch unpolitische Bürger sollten in diesem Jahr und den folgenden den faschistischen Mordbanden in ganz Deutschland zum Opfer fallen. Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der antisemitischen Straftaten und Verbrechen.

Am 12. September des gleichen Jahres erreichten die Gewaltvorfälle in Deutschland einen neuen Höhepunkt bis dahin nicht gekannten Ausmaßes. An diesem Tag, dem jüdischen Neujahrstag Rosh Haschana, machten über 1.000 Berliner SA-Leute auf dem Kurfürstendamm, von der Polizei ungestört, Jagd auf deutsche Bürger jüdischen Glaubens und vermeintlich "jüdisch" Aussehende.

Der Mord an Otto Grüneberg, an weiteren offensichtlichen oder scheinbaren Gegnern und der 12. September 1931 stehen für den immer stärker werdenden faschistischen Terror in Deutschland. Der politische Terror gehörte zum Alltag der Weimarer Republik schon von ihrer Gründung an bis zur Machtübergabe an Hitler. Er wurde zu oft von den Gegnern der Weimarer Republik in der Gesellschaft toleriert, verharmlost bzw. in Kauf genommen, solange man nicht selbst betroffen war. Dieser sich steigernde Terror geriet nur angesichts der Ungeheuerlichkeiten des folgenden faschistischen Staatsterrors, seines Rassismus, der Unmenschlichkeit allen Unerwünschten gegenüber, der Judenverfolgung, Juden-Vernichtung und der unzähligen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im 2. Weltkrieg ins Vergessen.

Es gab auch viele Proteste gegen die Morde der sich so nennenden „Nationalsozialisten“, oft waren SA-Stürme die Ausführenden.

Die Presse berichtete damals von zahlreichen Massenprotesten. Doch kennzeichnend war, dass jede einzelne politische Richtung, jede Strömung, jede Gewerkschaft, jeder für sich allein protestierte. Gleichzeitig nahm jeder für sich in Anspruch, die einzig wahre Lösung anzubieten.

Auch damals wurden Verbotsdebatten geführt, befristete Verbote gesetzt. Es erfolgte keine wirkliche gesamtgesellschaftliche Debatte. Der Faschismus war in Deutschland längst angekommen und etabliert. Innerhalb von nur zwei Jahren war die NSDAP von einer Splitterpartei unter anderen zur zweitstärksten politischen Kraft in Deutschland aufgestiegen.

Hatten 1928 bei der Reichstagswahl über 39.000 Berliner der NSDAP ihre Stimme gegeben, so waren es September 1930 schon mehr als 10mal so viele.

Die großen anstehenden sozialen Fragen wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Beseitigung oder wenigstens Minderung der Miet- und Wohnungsmisere, die Finanzmisere und die Absicherung des wenn auch bescheidenen Sozialsystems konnten oder wollten die bis dahin sich oft streitenden regierenden Parteien zu keinem Zeitpunkt lösen.

Die einzige Antwort auf diese Fragen waren weitere Einsparungen und Kürzungen durch Notstandsparagraphen meist zu Lasten des „kleinen Mannes“, der angeblich den Staat und seine Systeme zu teuer machte und die Wirtschaft unnötig behinderte.

Es waren die Unwilligkeit aber auch die offen dokumentierte Unfähigkeit der damals im Reichstag vertretenen oft zersplitterten demokratischen Parteien, diese, vor allem sozialen Fragen des gesamten Volkes anzugehen.

Dabei stiegen Arbeitslosigkeit, Wohnungs- Gesundheits- und Bildungselend immer weiter an. Sie trugen wesentlich mit zur Radikalisierung, Verbreitung und Stärkung faschistischer und rechtsradikaler Positionen bei. Scheinbar einfache Erklärungen wie „Kommunisten und Juden sind an allem schuld“ und Lösungen „zuerst die Deutschen“, „die Deutschen wieder groß machen“, das automatische Ausschließen aller warum auch immer Unerwünschten und die breite Akzeptanz in verschiedensten Kreisen führten damit auch zum Scheitern der ungeliebten Weimarer Republik.

Heute stehen wir kurz davor, dass eine zum Teil als rechtsextremistisch eingeschätzte Partei wahrscheinlich als zweitstärkste Kraft aus den bevorstehenden Wahlen hervorgehen kann.

Die Ängste und Befürchtungen sind groß und die Verbotsrufe werden lauter, doch keiner kann die Frage beantworten: Was kommt dann?

Rechtsextremismus kann nicht nur damit bekämpft werden, indem man vehement für ein Parteiverbot eintritt. Das reicht nicht.

Es ist richtig, dass wir Veranstaltungen organisieren, um zu bekunden, dass wir gegen einen Rechtsruck sind. Diese Bekundungen allein aber reichen bei weitem nicht aus, den Rechtsruck zu stoppen.

Vielmehr müssen wir die tagtäglichen Sorgen, Nöte und Ängste eines großen Teils der Bevölkerung ernst nehmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Probleme nicht ernst genommen oder kleingeredet werden, wenn sie von Rechtsradikalen benannt werden. Auch ist nicht jeder Wähler von extremen Parteien gleichzeitig und automatisch ein ausgemachter Extremist, obwohl es die auch gibt. Zu oft sieht der Wähler sich nicht ernstgenommen, Wahlen haben für ihn nichts (zum Besseren?) geändert. Viel wird in Wahlkämpfen versprochen und dann scheinbar oder wirklich sofort vergessen, zu oft scheinen Politiker in Legislaturperioden zu denken.

Auch heute entscheidet u.a. die Lösung der vielen anstehenden sozialen Fragen über den Fortbestand und die Akzeptanz unserer Demokratie. Nehmen die Parteien die sozialen Fragestellungen, wie sie teilweise schon in der Weimarer Republik bestanden, ernst.

Nehmen wir, um nur ein Beispiel zu nennen, die Sorgen vieler Menschen ernst und setzen uns für wirklich gerechte armutsfeste Löhne ein. Wer arbeitet, der soll auch einen Lohn erhalten, von dem er leben kann. Die Miete, Energie, weitere notwendige Unkosten müssen gedeckt, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, eine gute Bildung für sich und seine Kinder gesichert sein, ohne dass er auf einem Amt als Bittsteller betteln muss. Denn das ist mit der Würde des Menschen nicht vereinbar und verhindert letztendlich eine Akzeptanz der Gesellschaft. Und wer es nicht kann, auch der sollte nicht zum Bittsteller oder Bettler werden müssen.

Dies ist auch eine Grundlehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik. Deswegen ist der Kampf gegen Rechtsextremismus meiner Überzeugung nach vor allem auch ein Kampf um gerechte Löhne, Bildung, sichere bezahlbare Mieten, gute gesundheitliche Versorgung als eine Grundlage für die Wahrung der menschlichen Würde.

Trotzdem darf auch niemand verkennen, dass es nicht nur soziale Verwerfungen waren, die die Menschen anfällig für rechtsradikale Auffassungen machten und machen.

Wir dürfen nie vergessen, dass die Deutschen sich nicht selbst vor 80 Jahren von dem menschenverachtenden faschistischen Regime befreien konnten und es in der Mehrheit auch nicht wollten, sondern dass es andere Völker waren, die uns unter hohem Blutzoll vom deutschen Faschismus befreiten.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Anfängen, Ursachen und Folgen fand oft zu spät, zu wenig und teilweise gar nicht statt. Zu viele Menschen wollten nichts mehr davon hören, auch nicht von ihrer eventuellen eigenen Verstrickung.

Ökonomische Grundlagen werden bis heute nicht gern benannt.

Auch darum ist Wissen verloren gegangen, denn es wurde oft geschwiegen. Geschwiegen haben auch die, die ihren Mantel in den Wind gehängt haben und als scheinbare Demokraten bald wieder mitbestimmt haben. Ihre Ansichten änderten sich nur selten.

Gegen Unwissenheit können und müssen wir erinnern und mahnen, wie z.B. hier und heute an den jungen Otto Grüneberg.

Die Menschen müssen ernst genommen und nicht abgewertet oder für dumm erklärt werden. So erreichen wir vielleicht auch Zweifler und Unzufriedene im Gespräch. Bei Vorliegen straflich relevanter Fakten müssen insbesondere bei Überzeugungstätern aber auch die rechtlichen Konsequenzen gezogen werden.